

Het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's publiceert het opleidingsprogramma vermeld in artikel 1 op zijn website.

**Art. 3.** Dit besluit treedt in werking op 1 september 2023.

**Art. 4.** De minister bevoegd voor Opleiding is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 13 juli 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

L. KLINKENBERG

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/205349]

### 7. SEPTEMBER 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung verschiedener Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 § 1, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988, 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juni 1993;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Januar 1993 zur Festlegung der Schwellenbeträge für die Gewährung einer Wohnungs- und Ortszulage an das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 22. Juni 1993 zur Festlegung der spezifischen Aufgaben, für die die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge Personal unter Arbeitsvertrag einstellen kann;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. November 2000 über den Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses zu den Beförderungskosten der Personalmitglieder;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2000 über die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg zu Gunsten der Personalmitglieder des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2001 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Ministerium und in den paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 2003 über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. August 2003 zur Bestimmung der Zusammensetzung des Direktionsrates des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Januar 2016 zur Bestimmung der Zusammensetzung des Direktionsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. April 2017 zur Festlegung des Stellenplans für das Personal des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 5. Juli 2018 zur Festlegung des Stellenplans für das Personal der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. Oktober 2021 über eine Entschädigung für Heimarbeit im Rahmen der Corona-Krise;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 15. Juni 2023;

Aufgrund des Protokolls Nr. S8/2023 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Juni 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 7. Juli 2023;

Aufgrund des Begutachtungsantrags innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, welcher dem Staatsrat am 20. Juli 2023 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 vorgelegt wurde;

In Erwägung, dass das Gutachten nicht innerhalb dieser Frist mitgeteilt wurde;

Aufgrund des Artikels 84 § 4 Absatz 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Der vorliegende Erlass der Regierung dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates.

**Art. 2** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 20. Januar 1993 zur Festlegung der Schwellenbeträge für die Gewährung einer Wohnungs- und Ortszulage an das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 20. Februar 2003 und vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird aufgehoben.

2. Nummer 5 wird aufgehoben.

3. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

“6. das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung“

**Art. 3** - In Artikel 11 § 1 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird die Wortfolge “und den Verwaltungsdirektoren” durch die Wortfolge “, den Verwaltungsdirektoren und den Direktoren” ersetzt.

**Art. 4** - Artikel 11.3 Absatz 1 Satz 1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt ersetzt:

“Zur Besetzung der Stelle eines Referatsleiters nimmt der Fachbereichsleiter im Fachbereich einen Bewerberauftrag mit Anforderungsprofil vor. Bleibt der fachbereichsinterne Bewerberauftrag ohne Erfolg, kann die Behörde im Ministerium einen Bewerberauftrag veröffentlichen. Bleibt auch dieser ohne Erfolg, kann die Behörde den Bewerberauftrag extern veröffentlichen. Der Fachbereichsleiter vergleicht die Eignung und Fähigkeiten der Bewerber im Hinblick auf die Wahrnehmung der Führungsaufgabe.“

**Art. 5** - In Artikel 12 Absatz 1 Nummern 1 und 2 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge “Geschäftsführenden Verwalter des Selor” jeweils durch die Wortfolge “leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

**Art. 6** - Artikel 14 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge “Geschäftsführenden Verwalter des Selor” jeweils durch die Wortfolge “leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

2. In Absatz 2, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge “Geschäftsführenden Verwalter des Selor” durch die Wortfolge “leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

**Art. 7** - Artikel 15 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge “Geschäftsführenden Verwalter des Selor” durch die Wortfolge “leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

2. In § 2, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000 und 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge “Geschäftsführende Verwalter des Selor” durch die Wortfolge “leitende Beamte des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

3. In § 3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge “Geschäftsführende Verwalter des Selor” durch die Wortfolge “leitende Beamte des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

**Art. 8** - In Artikel 16 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge “Geschäftsführende Verwalter des Selor” durch die Wortfolge “leitende Beamte des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

**Art. 9** - Artikel 19 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge “Geschäftsführenden Verwalter des Selor” durch die Wortfolge “leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

2. In § 2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge “Geschäftsführende Verwalter des Selor” jeweils durch die Wortfolge “leitende Beamte des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes” ersetzt.

**Art. 10** - Artikel 21 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

“Die Dauer der Probezeit beträgt sechs Monate.“

**Art. 11** - Artikel 36.4 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "dritten, sechsten und neunten" durch das Wort "dritten" ersetzt.
2. In Absatz 4 wird das Wort "vierten" durch das Wort "zweiten" ersetzt.

**Art. 12** - In Artikel 39 § 2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "oder sein Stellvertreter" durch die Wortfolge ", sein Stellvertreter oder ein vorgesetztes Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

**Art. 13** - In Artikel 62 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "Geschäftsführenden Verwalter des Selor" jeweils durch die Wortfolge "leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes" ersetzt.

**Art. 14** - In Artikel 63 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge "Geschäftsführenden Verwalter des Selor" durch die Wortfolge "leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes" ersetzt.

**Art. 15** - In Artikel 87.2 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Satz eingefügt:

"Er legt fest, ob ihre Höhe der Zulage für Fachbereichsleiter oder Referatsleiter entspricht."

**Art. 16** - Artikel 89 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Der Beamte teilt seine zusätzlichen beruflichen Aktivitäten im öffentlich-rechtlichen Bereich dem Direktionsrat vor Aufnahme der Tätigkeit auf dem Dienstweg mit. Der Direktionsrat kann, nach vorheriger Stellungnahme des unmittelbar Vorgesetzten, dem betreffenden Beamten die Tätigkeit innerhalb einer Frist von 20 Kalendertagen untersagen."

2. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "der Regierung" durch die Wortfolge "des Direktionsrates" ersetzt.

3. § 3 Absatz 2 wird aufgehoben.

4. § 4 Satz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Der Direktionsrat holt zuvor die Stellungnahme des unmittelbar Vorgesetzten des Beamten ein."

**Art. 17** - Artikel 109 Nummer 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird aufgehoben.

**Art. 18** - In Kapitel VIII Abschnitt 3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird folgender Artikel 109.1 eingefügt:

Der Beamte hat anlässlich der Geburt eines Kindes, dessen Abstammung ihm gegenüber feststeht, Anrecht auf einen Geburtsurlaub von 20 Arbeitstagen. Der Geburtsurlaub gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Bei der Geburt eines Kindes hat nur ein Beamter Anspruch auf den Geburtsurlaub.

Es besteht kein Anrecht auf Geburtsurlaub, wenn eine Fehlgeburt vor dem 181. Tag der Schwangerschaft eintritt.

Im Anschluss an den Geburtsurlaub hat der Beamte das Recht, an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen."

**Art. 19** - Artikel 117 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder dessen Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder seinem Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" und die Wortfolge "betroffenen Fachbereichsleiter" durch die Wortfolge "unmittelbar Vorgesetzten des betreffenden Beamten" ersetzt.

**Art. 20** - In Kapitel VIII Abschnitt 3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird folgender Artikel 117.1 eingefügt:

"Art. 117.1 - Der Beamte hat Anrecht auf einen Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt aus dringenden und unerwarteten familiären Gründen sowie aufgrund von schweren Sachschäden am Eigentum. Zur Inanspruchnahme des Urlaubs stellt der Beamte beim Generalsekretär oder dessen Stellvertreter einen Antrag.

Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter prüft, ob ein Fall höherer Gewalt vorliegt und trifft die Entscheidung, ob dem Antrag stattgegeben wird.

Der Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt beträgt höchstens zehn Arbeitstage pro Jahr und kann in einzelne ganze Tage aufgeteilt werden. Der Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt."

**Art. 21** - In Kapitel VIII Abschnitt 5 Unterabschnitt 5.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird die Überschrift wie folgt ersetzt:

"Unterabschnitt 5.1 - Mutterschafts- und übertragener Mutterschaftsurlaub"

**Art. 22** - Artikel 132 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird das Wort "Vater" durch das Wort "Mit-Elternteil" und "das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragenen Mutterschaftsurlaub" ersetzt.

2. § 2 Absatz 1 wird das Wort "Vaterschaftsurlaubs" durch die Wortfolge "übertragenen Mutterschaftsurlaubs" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragenen Mutterschaftsurlaub" ersetzt.

4. In § 3 Absatz 1 wird das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragene Mutterschaftsurlaub" ersetzt.

5. In § 3 Absatz 2 wird das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragenen Mutterschaftsurlaub" ersetzt.

6. In § 4 wird das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragene Mutterschaftsurlaub" ersetzt.

**Art. 23** - Artikel 135 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 135- Die im vorliegenden Unterabschnitt vorgesehenen Bestimmungen dienen der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates."

**Art. 24** - In Artikel 137 Absatz 3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird das Wort "Fachbereichsleiter" durch die Wortfolge "unmittelbar Vorgesetzten" ersetzt.

**Art. 25** - In Artikel 139 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird das Wort "Fachbereichsleiter" durch die Wortfolge "unmittelbar Vorgesetzten" ersetzt.

**Art. 26** - In der Überschrift von Kapitel VIII.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 27** - Artikel 191.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

2. In Nummer 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 28** - Artikel 191.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 einleitenden Sätze wird das Wort "Heimarbeit" jeweils durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

3. In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

4. In Absatz 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

5. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

6. In Absatz 3 Nummer 3 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 29** - Artikel 191.3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort "Heimarbeit" jeweils durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

2. In § 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 30** - Artikel 191.4 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

3. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 31** - In Artikel 191.5 § 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 32** - In Kapitel XII desselben Erlasses der Regierung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird folgender Artikel 225.7 eingefügt:

"Art. 225.7 - § 1 - Die Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2023 im Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben Beamte sind, werden am 1. Januar 2024 in demselben Dienstgrad oder einem gleichwertigen Dienstgrad als Beamte des Ministeriums übernommen. Dienstgrade im Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, die im vorliegenden Erlass nicht aufgeführt sind, werden einschließlich der entsprechenden Beförderungsgrade wie folgt umgewandelt und als gleichwertig betrachtet:

1. Arbeitsberater und Psycho-medizinisch-soziale Assistenten: Assistent;

2. Pädagogische Referenten und Psychologen: Referent.

Die Dienste, die von den in Absatz 1 angeführten Beamten geleistet worden sind, werden hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt, als ob sie im Ministerium geleistet worden wären.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 36.14 § 3 werden Personalmitglieder des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, die am 31. Dezember 2023 als geschäftsführende Direktoren ernannt sind, am 1. Januar 2024 als Beamte im Dienstgrad des Direktors im Ministerium übernommen."

**Art. 33** - In Anhang I Stufe I desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Oktober 2006 und 19. Januar 2017, wird folgende Zeile eingefügt:

"Direktor I.B"

**Art. 34** - In Anhang III desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 15. September 2022, wird folgende Zeile eingefügt:

"Direktor M3"

**Art. 35** - In Artikel 1 Nummer 2 des Erlasses der Regierung vom 30. November 2000 über den Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen Öffentlichen Interesses zu den Beförderungskosten der Personalmitglieder, ersetzt durch den Erlass vom 15. September 2015 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 23. Mai 2019 und vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe *a*) wird aufgehoben.
2. Buchstabe *c*) wird aufgehoben.
3. Folgender Buchstabe *e*) wird eingefügt:  
"e) des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung"

**Art. 36** - In Artikel 2 § 3 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort "Heimarbeit" jeweils durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 37** - Artikel 1 Nummer 2 des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2000 über die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg zu Gunsten der Personalmitglieder des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 4. Mai 2011 und vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Spiegelstrich 1 wird aufgehoben.
2. Spiegelstrich 3 wird aufgehoben.
3. In Spiegelstrich 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
4. Folgender Spiegelstrich 5 wird eingefügt:  
"- das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung."

**Art. 38** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird aufgehoben.
2. Nummer 3 wird aufgehoben.
3. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:  
"4. Das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung."

**Art. 39** - In Artikel 15.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird die Angabe "89," gestrichen und die Angabe "117 zweiter Absatz" durch die Angabe "117.1" ersetzt.

**Art. 40** - In Artikel 15.4 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird die Angabe "89," gestrichen.

**Art. 41** - Artikel 15.5 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 15.5 - Artikel 117 Absätze 2 und 3 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

"Der Beamte muss eine schriftliche Anfrage beim geschäftsführenden Direktor einreichen, für die Nummern 2 und 3 mindestens einen Monat im Voraus.

Die Entscheidung wird vom geschäftsführenden Direktor nach Absprache mit dem unmittelbar Vorgesetzten des betreffenden Beamten getroffen."

**Art. 42** - In Artikel 15.15 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird in der Fassung von Artikel 87.2 § 1 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 folgender Absatz 6 eingefügt:

"Die Fachbereichsleiter erhalten die Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben von Rechts wegen."

**Art. 43** - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 15.18 eingefügt:

"Art. 15.18 - In Artikel 179 § 1 desselben Erlasses der Regierung wird folgende Nummer 6 eingefügt:

"6. Mitglied der Regierung oder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, insofern keine gesetzliche Unvereinbarkeit besteht."

**Art. 44** - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 15.19 eingefügt:

"Art. 15.19 - Die Artikel 191.1 bis 191.6 desselben Erlasses der Regierung finden keine Anwendung auf die Beamten des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung, die als Kinderbegleiter oder Kinderbetreuer in Heimarbeit arbeiten.

Der Verwaltungsrat des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung trifft eine Vereinbarung über die Heimarbeit mit den Beamten, die als Kinderbegleiter oder Kinderbetreuer in Heimarbeit arbeiten.

Beamte, die als Kinderbegleiter oder Kinderbetreuer in Heimarbeit arbeiten, erhalten eine Entschädigung für die Kinderbetreuung in den eigenen Räumlichkeiten, die sich aus folgenden Beträgen zusammensetzt:

1. eine monatliche Entschädigung in Höhe von 203,79 Euro pro Vollzeitäquivalent für die strukturellen Kosten, die unabhängig von der Anzahl zu betreuender Kinder entstehen. Dazu gehören Strom, Wasser, Heizung, Reinigung, die berufliche Nutzung der privaten Internet- und Telefonverbindung, die berufliche Nutzung privater Arbeitsutensilien wie Geschirr und Töpfe sowie eine Beteiligung an den Haushaltgeräten, deren Einsatz den Kinderbegleitern oder Kinderbetreuern ermöglicht, mehr Zeit in die Betreuung der Kinder zu investieren. Reduziert ein Beamter seine Wochenarbeitszeit, wird die Pauschale um den Prozentsatz der Arbeitszeitreduzierung gekürzt;

2. eine monatliche Entschädigung pro Vollzeitäquivalent für die Verbrauchsprodukte, bei denen die Kosten mit jedem Kind steigen: Nahrung, Getränke, Abfallentsorgung, Hausapotheke. Reduziert ein Beamter seine Wochenarbeitszeit, wird die Pauschale um den Prozentsatz der Arbeitszeitreduzierung gekürzt. Der monatliche Betrag pro Betreuungsplatz beträgt 58,67 Euro."

**Art. 45** - Artikel 16 desselben Erlass der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 29. Oktober 2015, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 16 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang I desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

"Dienstgrad Rang  
Geschäftsführender Direktor I.B  
Pädagogischer Berater I.D  
Beigeordneter Pädagogischer Berater I.E  
Pädagogischer Referent I.F  
Erster Lehrlingssekretär II+.A  
Erster Buchhalter II+.A  
Hauptlehrlingssekretär II+.B  
Hauptbuchhalter II+.B  
Lehrlingssekretär II+.C  
Buchhalter II+.C  
Erster Kinderbetreuer II.A  
Hauptkinderbetreuer II.B  
Kinderbetreuer II.C  
Erster Kinderbegleiter III.A  
Hauptkinderbegleiter III.B  
Kinderbegleiter III.C"

**Art. 46** - Artikel 17 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 29. Oktober 2015 und 15. September 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 17 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang III desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

"Dienstgrad Gehaltstabelle  
Geschäftsführender Direktor M3  
Pädagogischer Berater I/8  
Beigeordneter Pädagogischer Berater I/4  
Pädagogischer Referent I/1  
Erster Lehrlingssekretär II+/3  
Hauptlehrlingssekretär II+/2  
Lehrlingssekretär II+/1  
Erster Kinderbetreuer II/4  
Hauptkinderbetreuer II/3  
Kinderbetreuer II/1  
Erster Kinderbegleiter III/6  
Hauptkinderbegleiter III/4  
Kinderbegleiter III/2"

**Art. 47** - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 18.1 eingefügt:

"Art. 18.1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang VII desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

"Kapitel III - Diplome, die Zugang zu spezifischen Diensträngen geben

In Abweichung von Anhang VII Kapitel I Stufe II geben ausschließlich folgende Diplome und Zertifikate Zugang zum Dienstgrad Kinderbetreuer in der Stufe II:

1. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Erziehung;
2. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Betreuung für Kindergemeinschaften;
3. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Kinderpflege;
4. das Brevet als Kinderpfleger;
5. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten oder siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege;
6. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe;
7. das vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB VoG ausgestellte Zertifikat als Kinderbetreuer oder als Familien- und Seniorenhelfer und Pflegehelfer oder ein von der Regierung als gleichwertig anerkannter Nachweis;

8. die vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellte Bescheinigung über die Teilnahme an einer Schulung zum Kindergartenhelfer oder ein von der Regierung als gleichwertig anerkannter Nachweis, jeweils ergänzt um einen Nachweis über das Absolvieren einer von der Regierung anerkannten und mindestens 120 Stunden umfassenden Weiterbildung im Bereich Kinderbetreuung;

9. jedes Diplom aus den Studienrichtungen Sozialarbeit, Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften, Pädagogik, Psychologie, Erziehungswissenschaften, Bildungswissenschaften, das Zugang zu den Stufen II+ und I gibt."

**Art. 48** - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 18.2 eingefügt:

"*Art. 18.2* - Jeder Kinderbegleiter des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung, der in den zehn Jahren nach seinem Arbeitseintritt den Nachweis eines der in Artikel 18.1 angeführten Diplome und Zertifikate als Kinderbetreuer erbringt, erhält zum ersten Tag des Monats, der dem Einreichen des Nachweises folgt, ein Vertragsangebot als Kinderbetreuer in der Stufe II."

**Art. 49** - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 24.1 eingefügt:

"*Art. 24.1* - In Abweichung der in Artikel 73 § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten erwähnten Höchstgrenze gelten für alle Personalmitglieder der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung, die sich am 31. Dezember 2023 in einem Beschäftigungsverhältnis mit dieser befinden, sowie für alle konventionierten Tagesmütter/-väter, die am 31. Dezember 2023 auf Grundlage des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung zugelassen sind, und die von dem Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung einen Arbeitsvertrag angeboten bekommen, zur Ermittlung des finanziellen Dienstalters alle tatsächlichen Dienste, die nachweislich im Rahmen eines Arbeitsvertrags bei der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung oder als zugelassene/r konventionierte/r Tagesmutter/-vater geleistet wurden, als annehmbare Dienstzeit."

**Art. 50** - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 24.2 eingefügt:

"*Art. 24.2* - Der Arbeitnehmer der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung, der am 31. Dezember 2023 ein höheres Gehalt bezieht, als ihm in Anwendung des vorliegenden Erlasses als Personalmitglied des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung zusteht, wird als Personalmitglied dieses Zentrums so lange weiter auf Grundlage der ihm am 31. Dezember 2023 zugeordneten gültigen Gehaltstabelle des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalausweise im Sozial- und Gesundheitsbereich bezahlt, bis eine Bezahlung gemäß vorliegendem Erlass vorteilhafter ist."

**Art. 51** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2001 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Ministerium und in den paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird aufgehoben.
2. Nummer 4 wird aufgehoben.
3. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
4. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

"6. das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung."

**Art. 52** - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 6.1 eingefügt:

"*Art. 6.1* - Der Beamte hat das Recht, im Anschluss an die in Kapitel III des Königlichen Erlasses vom 7. Mai 1999 angeführten Laufbahnunterbrechungen an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen."

**Art. 53** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 2003 über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird aufgehoben.
2. Nummer 4 wird aufgehoben.
3. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
4. Folgende Nummer 6 wird wie folgt eingefügt:

"6. des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung."

**Art. 54** - In Artikel 3 § 1 Absatz 1 Nummer 4 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 13. März 2008 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. Dezember 2009, wird folgender Buchstabe c eingefügt:

"c. 85

ab dem Jahr 2024"

**Art. 55** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen Öffentlichen Interesses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird aufgehoben.
2. Nummer 4 wird aufgehoben.
3. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung"

**Art. 56** - Artikel 12.7 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

2. Zwischen der Zahl "1996" und dem Wort "finden" wird die Wortfolge "und Artikel 15.19 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen" eingefügt.

**Art. 57** - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 16.2 eingefügt:

*"Art. 16.2 - Übergangsbestimmung - Übernahmemodalitäten*

Allen Vertragsbediensteten des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird zum 1. Januar 2024 ein gleichwertiger Arbeitsvertrag im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeboten, wobei die Dienste, die bei einer der beiden angeführten Einrichtungen geleistet worden sind, hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt werden, als ob sie als Vertragsbediensteter im Ministerium geleistet worden wären.

Personalmitglieder, die bisher im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 28. Dezember 1994 über die Geschäftsordnung des Vertragspersonals für die Berufsausbildung des gemeinschaftlichen und regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung im Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschäftigt waren, wird ein Arbeitsvertrag gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses angeboten, wobei die Dienste, die bei dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft geleistet worden sind, hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt werden, als ob sie als Vertragsbediensteter im Ministerium geleistet worden wären."

**Art. 58** - In Artikel 2 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird aufgehoben.

2. Nummer 6 wird wie folgt ersetzt:

"6. die Personalmitglieder des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung;"

**Art. 59** - Artikel 3 § 2 Absatz 3 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird aufgehoben.

2. In Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4. das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung zahlt den Betrag für die Personen, die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 angeführt werden, sowie für die in Nummer 7 und 8 angeführten Personen, falls sie zuvor der in Nummer 6 angeführten Kategorie angehörten."

**Art. 60** - Artikel 13 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 39.1 wird das Wort "Heimarbeit" jeweils durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

2. In Nummer 39.2. wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 61** - Artikel 12.1 Absatz 2 Satz 1 des Erlasses der Regierung 23. Mai 2019 zur Organisation des Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Zur Besetzung der Stelle eines Referatsleiters nimmt der Fachbereichsleiter im Fachbereich einen Bewerberauftrag mit Anforderungsprofil vor. Bleibt der fachbereichsinterne Bewerberauftrag ohne Erfolg, kann die Behörde im BRF einen Bewerberauftrag veröffentlichen. Bleibt auch dieser ohne Erfolg, kann die Behörde den Bewerberauftrag extern veröffentlichen. Der Fachbereichsleiter vergleicht die Eignung und Fähigkeiten der Bewerber im Hinblick auf die Wahrnehmung der Führungsaufgabe."

**Art. 62** - Artikel 121 Nummer 2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird aufgehoben.

**Art. 63** - In Kapitel 9 Abschnitt 3 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Artikel 121.1 eingefügt:

*"Art. 121.1* - Der Beamte hat anlässlich der Geburt eines Kindes, dessen Abstammung ihm gegenüber feststeht, Anrecht auf einen Geburtsurlaub von 20 Arbeitstagen. Der Geburtsurlaub gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Bei der Geburt eines Kindes hat nur ein Beamter Anspruch auf den Geburtsurlaub.

Es besteht kein Anrecht auf Geburtsurlaub, wenn eine Fehlgeburt vor dem 181. Tag der Schwangerschaft eintritt.

Im Anschluss an den Geburtsurlaub hat der Beamte das Recht, an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen."

**Art. 64** - In denselben Abschnitt desselben Erlasses der Regierung wird folgender Artikel 128.1 eingefügt:

*"Art. 128.1* - Der Beamte hat Anrecht auf einen Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt aus dringenden und unerwarteten familiären Gründen sowie aufgrund von schweren Sachschäden am Eigentum. Zur Inanspruchnahme des Urlaubs stellt der Beamte beim Direktor einen Antrag.

Der Direktor prüft, ob ein Fall höherer Gewalt vorliegt und trifft die Entscheidung, ob dem Antrag stattgegeben wird.

Der Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt beträgt höchstens zehn Arbeitstage pro Jahr und kann in einzelne ganze Tage aufgeteilt werden. Der Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt."

**Art. 65** - In Kapitel 9 Abschnitt 5 Unterabschnitt 5.1 desselben Erlasses der Regierung wird die Überschrift wie folgt ersetzt:

*"Unterabschnitt 5.1 - Mutterschafts- und übertragener Mutterschaftsurlaub"*



**Art. 66** - Artikel 144 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird das Wort "Vater" durch das Wort "Mit-Elternteil" und das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragenen Mutterschaftsurlaub" ersetzt.
2. § 2 Absatz 1 wird das Wort "Vaterschaftsurlaubs" durch die Wortfolge "übertragenen Mutterschaftsurlaubs" ersetzt.
3. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragenen Mutterschaftsurlaub" ersetzt.
4. In § 3 Absatz 1 wird das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragene Mutterschaftsurlaub" ersetzt.
5. In § 3 Absatz 2 wird das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragenen Mutterschaftsurlaub" ersetzt.
6. In § 4 wird das Wort "Vaterschaftsurlaub" durch die Wortfolge "übertragene Mutterschaftsurlaub" ersetzt.

**Art. 67** - Artikel 148 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

*"Art. 148 - Die im vorliegenden Unterabschnitt vorgesehenen Bestimmungen dienen der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates."*

**Art. 68** - In der Überschrift von Kapitel 9.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 69** - Artikel 207.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
2. In Nummer 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 70** - Artikel 207.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 einleitenden Sätze wird das Wort "Heimarbeit" jeweils durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
3. In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
4. In Absatz 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
5. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
6. In Absatz 3 Nummer 3 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 71** - Artikel 207.3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort "Heimarbeit" jeweils durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
2. In § 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 72** - Artikel 207.4 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
3. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 73** - In Artikel 207.5 § 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 74** - In der Überschrift von Artikel 18.1 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 75** - In der Überschrift des Erlasses der Regierung vom 28. Oktober 2021 über eine Entschädigung für Heimarbeit im Rahmen der Corona-Krise wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 76** - Artikel 1 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 im einleitenden Satz wird das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.
2. In Absatz 4 das Wort "Heimarbeit" durch das Wort "Telearbeit" ersetzt.

**Art. 77** - Werden aufgehoben:

1. der Erlass der Exekutive vom 22. Juni 1993 zur Festlegung der spezifischen Aufgaben, für die die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge Personal unter Arbeitsvertrag einstellen kann;
2. der Erlass der Regierung vom 28. August 2003 zur Bestimmung der Zusammensetzung des Direktionsrates des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. der Erlass der Regierung vom 7. Januar 2016 zur Bestimmung der Zusammensetzung des Direktionsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung;
4. der Erlass der Regierung vom 13. April 2017 zur Festlegung des Stellenplans für das Personal des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
5. der Erlass der Regierung vom 5. Juli 2018 zur Festlegung des Stellenplans für das Personal der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

**Art. 78** - Vorliegender Erlass der Regierung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft mit Ausnahme:

1. der Artikel 10 und 11, die am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Erlasses in Kraft treten.
2. des Artikels 43, der am Tag der nächsten vollständigen Erneuerung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Kraft tritt.

**Art. 79** - Der für das Personal zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 7. September 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

—————  
TRADUCTION

**MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE**

[2023/205349]

**7 SEPTEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement modifiant différentes dispositions concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, § 1<sup>er</sup>, modifié par les lois spéciales du 8 août 1988, du 16 juillet 1993 et du 6 janvier 2014;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, alinéa 1<sup>er</sup>, modifiée par la loi du 16 juin 1993;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'article 102 § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 janvier 1993 fixant les montants-pivots pour l'octroi d'une allocation de foyer ou d'une allocation de résidence au personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 22 juin 1993 fixant les tâches spécifiques pour lesquelles le "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" peut engager du personnel contractuel;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 30 novembre 2000 concernant l'intervention de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public dans les frais de transport des membres du personnel;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2000 relatif à l'indemnité kilométrique allouée aux membres du personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone pour l'utilisation de la bicyclette sur le chemin du travail;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2001 relatif à l'interruption de carrière au sein du Ministère et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 5 juin 2003 relatif au pécule de vacances octroyé aux membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 août 2003 fixant la composition du Conseil de direction de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2005 portant création d'un service social pour le personnel du Gouvernement, du Ministère et de certains organismes paracommunautaires de la Communauté;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 janvier 2016 déterminant la composition du Conseil de direction de l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 avril 2017 fixant le cadre du personnel de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2018 fixant le cadre du personnel de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 portant organisation du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 relatif à une allocation pour télétravail dans le cadre de la crise provoquée par le coronavirus;

Vu l'avis motivé rendu le 15 juin 2023 par le Conseil de direction du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu le protocole n° S8/2023 du comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone du 28 juin 2023;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 7 juillet 2023;

Vu la demande d'avis dans un délai de trente jours introduite auprès du Conseil d'État le 20 juillet 2023, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que l'avis demandé n'a pas été rendu dans ce délai;

Vu l'article 84, § 4, alinéa 2, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;  
Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel;  
Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le présent arrêté du Gouvernement vise à transposer partiellement la directive (UE) 2019/1158 du Parlement européen et du Conseil du 20 juin 2019 concernant l'équilibre entre vie professionnelle et vie privée des parents et des aidants et abrogeant la directive 2010/18/UE du Conseil.

**Art. 2.** À l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 20 janvier 1993 fixant les montants-pivots pour l'octroi d'une allocation de foyer ou d'une allocation de résidence au personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 20 février 2003 et du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3° est abrogé;

2° le 5° est abrogé;

3° il est inséré un 6° rédigé comme suit :

« 6° le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants. »

**Art. 3.** Dans l'article 11, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les mots « et des directeurs d'administration » sont remplacés par les mots « , des directeurs d'administration et des directeurs ».

**Art. 4.** Dans l'article 11.3, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, la première phrase est remplacée par ce qui suit :

« Pour pouvoir pourvoir au poste de chef d'unité, le chef de département lance un appel à candidatures contenant le profil exigé. Si l'appel à candidatures interne au département est infructueux, le chef de département peut publier un appel à candidatures au sein du Ministère. Si cette démarche n'aboutit pas non plus, le chef de département peut publier l'appel à candidatures en externe. Le chef de département compare l'aptitude et les capacités des candidats quant à la mission de management. »

**Art. 5.** Dans l'article 12, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, du même arrêté du Gouvernement, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont à chaque fois remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires ».

**Art. 6.** A l'article 14 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont à chaque fois remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires »;

2° dans l'alinéa 2, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires ».

**Art. 7.** A l'article 15 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires »;

2° dans le § 2, modifié par les arrêtés du Gouvernement du 27 avril 2000 et du 19 octobre 2006, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires »;

3° dans le § 3, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires ».

**Art. 8.** Dans l'article 16, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté du Gouvernement, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont à chaque fois remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires ».

**Art. 9.** A l'article 19 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires »;

2° dans le § 2, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont à chaque fois remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires ».

**Art. 10.** L'article 21, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté du Gouvernement est remplacé par ce qui suit :

« La durée du stage est de six mois. »

**Art. 11.** A l'article 36.4 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « le troisième, le sixième et le neuvième » sont remplacés par les termes « le troisième »;

2° dans l'alinéa 4, le mot « quatrième » est remplacé par le mot « deuxième ».

**Art. 12.** Dans l'article 39, § 2, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « , le secrétaire général suppléant ou un membre hiérarchique du conseil de direction ».

**Art. 13.** Dans l'article 62, alinéa 2, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont à chaque fois remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires ».

**Art. 14.** Dans l'article 63, alinéa 2, du même arrêté du Gouvernement, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots « l'Administrateur délégué de Selor » sont remplacés par les mots « le fonctionnaire dirigeant du Service public fédéral chargé du recrutement des fonctionnaires ».

**Art. 15.** L'article 87.2, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Il détermine si son montant est égal à celui de l'allocation de chef de département ou de chef d'unité. »

**Art. 16.** A l'article 89 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le fonctionnaire communique au Conseil de direction, par la voie hiérarchique, ses activités professionnelles complémentaires exercées dans le secteur public avant le début des activités. Le Conseil de direction peut, sur avis préalable du supérieur hiérarchique immédiat, et dans un délai de 20 jours calendrier, interdire au fonctionnaire concerné d'exercer l'activité en question. »

2<sup>o</sup> dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « du Gouvernement » sont remplacés par les mots « du Conseil de direction »;

3<sup>o</sup> le § 3, alinéa 2, est abrogé;

4<sup>o</sup> dans le § 4, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le Conseil de direction demande préalablement l'avis du supérieur hiérarchique immédiat du fonctionnaire. »

**Art. 17.** L'article 109, 2<sup>o</sup>, du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021, est abrogé.

**Art. 18.** Dans le chapitre VIII, section 3, du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, il est inséré un article 109.1 rédigé comme suit :

« Art. 109.1 - L'agent a droit à un congé de naissance de 20 jours de travail à l'occasion de la naissance d'un enfant dont la filiation est établie à son égard. Le congé de naissance est considéré comme un congé rémunéré et est assimilé à une période d'activité de service.

En cas de naissance d'un enfant, seul un agent a droit au congé de naissance.

Il n'y a pas de droit au congé de naissance en cas de fausse couche se produisant avant le 181<sup>e</sup> jour de la grossesse.

Au terme du congé de naissance, l'agent a le droit de revenir à son ancien poste ou, si cela est impossible, de se voir attribuer un travail équivalent ou similaire. »

**Art. 19.** A l'article 117 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « du secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « du secrétaire général, du secrétaire général suppléant ou d'un membre du Conseil de direction »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 3, les mots « le secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « le secrétaire général, le secrétaire général suppléant ou un membre du Conseil de direction » et les mots « le chef de département concerné » sont remplacés par les mots « le supérieur hiérarchique immédiat de l'agent concerné ».

**Art. 20.** Dans le chapitre VIII, section 3, du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, il est inséré un article 117.1 rédigé comme suit :

« Art. 117.1 - L'agent a droit à un congé en cas de force majeure pour des raisons familiales impérieuses et imprévues, ainsi qu'en cas de dommages matériels graves survenus au niveau de ses biens. L'agent qui souhaite bénéficier du congé introduit une demande auprès du secrétaire général ou secrétaire général suppléant.

Le secrétaire général ou secrétaire général suppléant examine s'il s'agit d'un cas de force majeure et prend la décision d'accepter ou non la demande.

Le congé de force majeure est limité à dix jours de travail par an et peut être fractionné en jours entiers. Le congé de force majeure est considéré comme un congé rémunéré et est assimilé à une période d'activité de service. »

**Art. 21.** Dans le chapitre VIII, section 5, sous-section 5.1, du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, l'intitulé est remplacé par ce qui suit :

« Sous-section 5.1 - Congé de maternité et congé de maternité transféré »

**Art. 22.** A l'article 132 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, le mot « père » est remplacé par le mot « coparent » et les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

2<sup>o</sup> dans le § 2, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

3<sup>o</sup> dans le § 2, alinéa 2, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

4<sup>o</sup> dans le § 3, alinéa 1, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

5<sup>o</sup> dans le § 3, alinéa 2, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

6<sup>o</sup> dans le § 4, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré ».

**Art. 23.** L'article 135 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 135 - Les dispositions de la présente sous-section servent à transposer partiellement la directive (UE) 2019/1158 du Parlement européen et du Conseil du 20 juin 2019 concernant l'équilibre entre vie professionnelle et vie privée des parents et des aidants et abrogeant la directive 2010/18/UE du Conseil. »

**Art. 24.** Dans l'article 137, alinéa 3, du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « chef de département » sont remplacés par les mots « supérieur hiérarchique immédiat ».

**Art. 25.** Dans l'article 139, alinéa 2, du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « chef de département » sont remplacés par les mots « supérieur hiérarchique immédiat ».

**Art. 26.** (Concerne le texte allemand)

**Art. 27.** A l'article 191.1 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand).

**Art. 28.** A l'article 191.2 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand);

4° (concerne le texte allemand);

5° (concerne le texte allemand);

6° (concerne le texte allemand).

**Art. 29.** A l'article 191.3 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand).

**Art. 30.** A l'article 191.4 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand).

**Art. 31.** (Concerne le texte allemand)

**Art. 32.** Dans le chapitre XII du même arrêté du Gouvernement, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, il est inséré un article 225.7 rédigé comme suit :

« Art. 225.7 - § 1<sup>er</sup> - Les collaborateurs qui, au 31 décembre 2023, sont fonctionnaires à l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone ou à l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, sont repris au 1<sup>er</sup> janvier 2024 dans le même grade ou dans un grade de rang équivalent en tant que fonctionnaires du Ministère. Les grades au sein de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone ou de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée qui ne sont pas mentionnés dans le présent arrêté, y compris les grades de promotion correspondants, sont convertis et considérés comme équivalents de la manière suivante :

1° conseillers-emploi et assistants psycho-médico-sociaux : assistant;

2° conférencier pédagogiques et psychologues : adjoint.

Les services accomplis par les agents visés à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont pris en compte pour déterminer l'ancienneté comme s'ils avaient été accomplis au sein du Ministère.

§ 2 - Par dérogation à l'article 36.14, § 3, les collaborateurs de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone ou de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée qui, au 1<sup>er</sup> décembre 2023, sont nommés Directeurs délégués, sont repris au 1<sup>er</sup> janvier 2024 comme agents au grade de Directeur au sein du Ministère. »

**Art. 33.** Dans l'annexe I, niveau I, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par les arrêtés du Gouvernement du 19 octobre 2006 et du 19 janvier 2017, il est inséré une ligne rédigée comme suit :

« Directeur I.B »

**Art. 34.** Dans l'annexe III du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 4 septembre 2012, et modifié par les arrêtés du Gouvernement du 19 janvier 2017 et du 15 septembre 2022, il est inséré une ligne rédigée comme suit :

« Directeur M3 »

**Art. 35.** À l'article 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 30 novembre 2000 concernant l'intervention de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public dans les frais de transport des membres du personnel, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2015, et modifié par les arrêtés du Gouvernement du 23 mai 2019 et du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° le a) est abrogé;

2° le c) est abrogé;

3° il est inséré un e) rédigé comme suit :

« e) du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants »

**Art. 36.** (Concerne le texte allemand)

**Art. 37.** A l'article 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2000 relatif à l'indemnité kilométrique allouée aux membres du personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone pour l'utilisation de la bicyclette sur le chemin du travail, modifié par les arrêtés du Gouvernement du 4 mai 2011 et du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le premier tiret est abrogé;

2<sup>o</sup> le troisième tiret est abrogé;

3<sup>o</sup> au quatrième tiret, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule;

4<sup>o</sup> il est inséré un cinquième tiret rédigé comme suit :

« - le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants. »

**Art. 38.** A l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le 1<sup>o</sup> est abrogé;

2<sup>o</sup> le 3<sup>o</sup> est abrogé;

3<sup>o</sup> il est inséré un 4<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 4<sup>o</sup> le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants. »

**Art. 39.** Dans l'article 15.2 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, la mention « 89 » est supprimée et la mention « 117, alinéa 2, » est remplacée par la mention « 117.1 ».

**Art. 40.** Dans l'article 15.4 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, la mention « 89 » est supprimée.

**Art. 41.** L'article 15.5 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 est remplacé par ce qui suit :

« Art. 15.5 - L'article 117, alinéas 2 et 3, de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé sont rédigés comme suit :

"Le fonctionnaire doit introduire une demande écrite auprès du directeur délégué, au moins un mois à l'avance pour le 2<sup>o</sup> et le 3<sup>o</sup>.

La décision est prise par le directeur délégué en concertation avec le supérieur hiérarchique immédiat de l'agent concerné." »

**Art. 42.** Dans l'article 15.15 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2017, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021, il est ajouté aux dispositions de l'article 87.2, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 un alinéa 6 rédigé comme suit :

« Les chefs de département obtiennent de droit de l'allocation pour missions de management et d'encadrement. »

**Art. 43.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 15.18 rédigé comme suit :

« Art. 15.18 - Dans l'article 179, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté du Gouvernement, il est inséré un 6<sup>o</sup> rédigé comme suit :

"6<sup>o</sup> membre du Gouvernement ou du Parlement de la Communauté germanophone, pour autant qu'il n'y ait pas d'incompatibilité légale."

**Art. 44.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 15.19 rédigé comme suit :

« Art. 15.19 - Les articles 191.1 à 191.6 du même arrêté du Gouvernement ne s'appliquent pas aux agents du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants qui travaillent à domicile en tant qu'auxiliaire de l'enfance ou accompagnateur d'enfants.

Le conseil d'administration du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants conclut un accord sur le travail à domicile avec les agents qui travaillent à domicile en tant qu'auxiliaire de l'enfance ou accompagnateur d'enfants.

Les agents qui travaillent à domicile en tant qu'auxiliaire de l'enfance ou accompagnateur d'enfants perçoivent une indemnité pour l'accueil d'enfants dans leurs propres locaux, qui se compose des montants suivants :

1<sup>o</sup> une indemnité mensuelle de 203,79 euros par équivalent temps plein pour les frais structurels encourus, quel que soit le nombre d'enfants à accueillir. Il s'agit notamment de l'électricité, de l'eau, du chauffage, du nettoyage, de l'utilisation professionnelle de la connexion Internet et du téléphone privés, de l'utilisation professionnelle d'outils de travail privés tels que la vaisselle et les casseroles, ainsi que d'une participation aux appareils électroménagers dont l'utilisation permet aux auxiliaires de l'enfance ou accompagnateurs d'enfants de consacrer plus de temps à l'accueil d'enfants. En cas de réduction du temps de travail hebdomadaire de l'agent, ce forfait est diminué au prorata de la réduction du temps de travail;

2<sup>o</sup> une indemnité mensuelle par équivalent temps plein pour les produits de consommation dont le coût augmente par enfant : nourriture, boissons, gestion des déchets, pharmacie. En cas de réduction du temps de travail hebdomadaire de l'agent, ce forfait est diminué au prorata de la réduction du temps de travail. Le montant mensuel par place d'accueil est de 58,67 euros. »

**Art. 45.** L'article 16 du même arrêté du Gouvernement, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 29 octobre 2015 est remplacé par ce qui suit :

« Art. 16 - Pour l'application du présent arrêté, l'annexe 1 du même arrêté doit être lue en tenant compte des ajouts suivants :

"Grade Rang

Directeur délégué I.B

Conseiller pédagogique I.D

Conseiller pédagogique adjoint I.E

Conférencier pédagogique I.F  
 Premier secrétaire d'apprentissage II+.A  
 Premier comptable II+.A  
 Secrétaire d'apprentissage principal II+.B  
 Comptable principal II+.B  
 Secrétaire d'apprentissage II+.C  
 Comptable II+.C  
 Premier accompagnateur d'enfants II.A  
 Accompagnateur d'enfants principal II.B  
 Accompagnateur d'enfants II.C  
 Premier auxiliaire de l'enfance III.A  
 Auxiliaire de l'enfance principal III.B  
 Auxiliaire de l'enfance III.C"

**Art. 46.** L'article 17 du même arrêté du Gouvernement, modifié par les arrêtés du Gouvernement du 29 octobre 2015 et du 15 septembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 17 - Pour l'application du présent arrêté, l'annexe III du même arrêté doit être lue en tenant compte des ajouts suivants :

"Grade Rang  
 Directeur délégué M3  
 Conseiller pédagogique I/8  
 Conseiller pédagogique adjoint I/4  
 Conférencier pédagogique I/1  
 Premier secrétaire d'apprentissage II+/3  
 Secrétaire d'apprentissage principal II+/2  
 Secrétaire d'apprentissage II+/1  
 Premier accompagnateur d'enfants II/4  
 Accompagnateur d'enfants principal II/3  
 Accompagnateur d'enfants II/1  
 Premier auxiliaire de l'enfance III/6  
 Auxiliaire de l'enfance principal III/4  
 Auxiliaire de l'enfance III/2"

**Art. 47.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 18.1 rédigé comme suit :

« Art. 18.1 - Pour l'application du présent arrêté, l'annexe VII du même arrêté doit être lue en tenant compte des ajouts suivants :

"Chapitre III - Liste des diplômes qui donnent accès à des rangs spécifiques

Par dérogation à l'annexe VII, chapitre Ier, niveau I, seuls les diplômes et certificats suivants donnent accès au grade d'accompagnateur d'enfants au niveau II :

- 1° le certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire technique du degré supérieur, dans la filière Éducation;
- 2° le certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire professionnel du degré supérieur, dans la filière Accueil collectif d'enfants;
- 3° le certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire du degré supérieur, dans la filière Puériculture;
- 4° le brevet de puériculteur;
- 5° le certificat d'études de la sixième année d'enseignement professionnel, dans la filière puériculture, complété par le certificat de qualification de la sixième ou septième année d'enseignement secondaire professionnel dans la filière puériculture;
- 6° le certificat d'études de la sixième année d'enseignement secondaire professionnel, dans la filière aide familiale, complété par le certificat de qualification de la sixième ou septième année d'enseignement secondaire professionnel dans la filière aide familiale;
- 7° le certificat d'auxiliaire de l'enfance, d'aide aux familles et aux aînés ou d'aide-soignant délivré par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone en collaboration avec l'ASBL Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB (association germanophone des soins infirmiers en Belgique) ou un certificat équivalent agréé par le Gouvernement;
- 8° l'attestation de participation à une formation d'assistant de puériculture délivrée par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone ou une attestation équivalente agréée par le Gouvernement, complétée dans chaque cas par une attestation de suivi d'une formation continue dans le domaine de l'accueil d'enfants, agréée par le Gouvernement et d'une durée minimale de 120 heures;
- 9° tout diplôme de la filière du travail social, des sciences infirmières et de la santé, de la pédagogie, de la psychologie, des sciences de l'éducation, des sciences de la formation, qui donne accès aux niveaux II+ et I."

**Art. 48.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 18.2 rédigé comme suit :

« Art. 18.2 - Tout auxiliaire de l'enfance du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants qui, apporte la preuve de l'un des diplômes et certificats d'accompagnateur d'enfants visés à l'article 18.1 au cours des dix années suivant son entrée en service, se voit proposer un contrat d'accompagnateur d'enfants de niveau II à partir du premier jour du mois qui suit le dépôt de la preuve. »

**Art. 49.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 24.1 rédigé comme suit :

« *Art. 24.1* - Par dérogation au plafond visé à l'article 73, § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, tous les collaborateurs de l'ASBL Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung qui se trouvent au 31 décembre 2023 dans une relation de travail avec celle-ci ainsi que tous les accueillants conventionnés, agréés au 31 décembre 2023 en vertu du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants et qui se voient proposer un contrat de travail par le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants, tous les services effectifs dont il est prouvé qu'ils ont été prestés dans le cadre d'un contrat de travail au sein de l'ASBL Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung ou en tant qu'accueillant conventionnés agréés sont considérés comme une période de service acceptable pour l'évaluation de leur ancienneté. »

**Art. 50.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 24.2 rédigé comme suit :

« *Art. 24.2* - L'employé de l'ASBL Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung qui, au 31 décembre 2023, perçoit un traitement supérieur à celui auquel il a droit en application du présent arrêté en tant que collaborateur du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants, continue à être rémunéré en tant que collaborateur de ce centre sur la base de l'échelle de traitement en vigueur qui lui est attribuée au 31 décembre 2023 par l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, jusqu'à ce qu'une rémunération conforme au présent arrêté soit plus avantageuse. »

**Art. 51.** A l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2001 relatif à l'interruption de carrière au sein du Ministère et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le 2<sup>o</sup> est abrogé;

2<sup>o</sup> le 4<sup>o</sup> est abrogé;

3<sup>o</sup> au 5<sup>o</sup>, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule;

4<sup>o</sup> il est inséré un 6<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 6<sup>o</sup> Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants. »

**Art. 52.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 6.1 rédigé comme suit :

« *Art. 6.1* - Au terme des interruptions de carrière visées au chapitre III de l'arrêté royal du 7 mai 1999, l'agent a le droit revenir à son ancien poste ou, si cela est impossible, de se voir attribuer un travail équivalent ou similaire. »

**Art. 53.** A l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 5 juin 2003 relatif au pécule de vacances octroyé aux membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le 2<sup>o</sup> est abrogé;

2<sup>o</sup> le 4<sup>o</sup> est abrogé;

3<sup>o</sup> au 5<sup>o</sup>, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule;

4<sup>o</sup> il est inséré un 6<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 6<sup>o</sup> du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants. »

**Art. 54.** Dans l'article 3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup> du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 13 mars 2008 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2009, il est inséré un c) rédigé comme suit :

« c) 85

à partir de l'année 2024. »

**Art. 55.** A l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le 3<sup>o</sup> est abrogé;

2<sup>o</sup> le 4<sup>o</sup> est abrogé;

3<sup>o</sup> il est inséré un 5<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 5<sup>o</sup> du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants »

**Art. 56.** A l'article 12.7 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> (concerne le texte allemand);

2<sup>o</sup> les mots « et l'article 15.19 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents » sont insérés entre les mots « 1996 » et « s'appliquent ».

**Art. 57.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 16.2 rédigé comme suit :

« *Art. 16.2 - Disposition transitoire - Modalités de prise en charge*

Tous les agents contractuels de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone et de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée se voient proposer un contrat de travail équivalent au sein du Ministère de la Communauté germanophone à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2024, où les services accomplis au sein d'une des deux institutions susvisées sont pris en compte pour déterminer l'ancienneté comme s'ils avaient été accomplis en tant qu'agent contractuel au sein du Ministère.



Tous les collaborateurs qui étaient jusqu'à présent occupés à l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement du 28 décembre 1994 portant règlement du personnel contractuel de la formation professionnelle de l'Office communautaire et régional de la formation professionnelle et de l'emploi se voient proposer un contrat de travail conformément aux dispositions du présent arrêté, où les services accomplis au sein de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone sont pris en compte pour déterminer l'ancienneté comme s'ils avaient été accomplis en tant qu'agent contractuel au sein du Ministère. »

**Art. 58.** A l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2005 portant création d'un service social pour le personnel du Gouvernement, du Ministère et de certains organismes paracommunautaires de la Communauté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 4° est abrogé;

2° le 6° est remplacé par ce qui suit :

« 6° les collaborateurs du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants; »

**Art. 59.** A l'article 3, § 2, alinéa 3, du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est abrogé;

2° le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants verse le montant pour les personnes visées à l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 6°, ainsi que pour les personnes visées aux 7° et 8°, si elles appartenaient auparavant à la catégorie visée au 6°. »

**Art. 60.** A l'article 13 de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand).

**Art. 61.** Dans l'article 12.1, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2019 portant organisation du Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2011, la première phrase est remplacée ce qui suit :

« Pour pouvoir pourvoir au poste de chef d'unité, le chef de département lance un appel à candidatures contenant le profil exigé. Si l'appel à candidatures interne au département est infructueux, le chef de département peut publier un appel à candidatures au sein du BRF. Si cette démarche n'aboutit pas non plus, le chef de département peut publier l'appel à candidatures en externe. Le chef de département compare l'aptitude et les capacités des candidats quant à la mission de management. »

**Art. 62.** L'article 121, 2°, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2021, est abrogé.

**Art. 63.** Dans le chapitre 9, section 3, du même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 121.1 rédigé comme suit :

« Art. 121.1 - L'agent a droit à un congé de naissance de 20 jours de travail à l'occasion de la naissance d'un enfant dont la filiation est établie à son égard. Le congé de naissance est considéré comme un congé rémunéré et est assimilé à une période d'activité de service.

En cas de naissance d'un enfant, seul un agent a droit au congé de naissance.

Il n'y a pas de droit au congé de naissance en cas de fausse couche se produisant avant le 181<sup>e</sup> jour de la grossesse.

Au terme du congé de naissance, l'agent a le droit de revenir à son ancien poste ou, si cela est impossible, de se voir attribuer un travail équivalent ou similaire. »

**Art. 64.** Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 128.1 rédigé comme suit :

« Art. 128.1 - L'agent a droit à un congé en cas de force majeure pour des raisons familiales impérieuses et imprévues, ainsi qu'en cas de dommages matériels graves survenus au niveau de ses biens. L'agent qui souhaite bénéficier du congé introduit une demande auprès du directeur.

Le directeur examine s'il s'agit d'un cas de force majeure et prend la décision d'accepter ou non la demande.

Le congé de force majeure est limité à dix jours de travail par an et peut être fractionné en jours entiers. Le congé de force majeure est considéré comme un congé rémunéré et est assimilé à une période d'activité de service. »

**Art. 65.** Dans le chapitre 9, section 5, sous-section 5.1, du même arrêté du Gouvernement, l'intitulé est remplacé par ce qui suit :

« Sous-section 5.1 - Congé de maternité et congé de maternité transféré »

**Art. 66.** A l'article 144 du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, le mot « père » est remplacé par le mot « coparent » et les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

2° dans le § 2, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

4° dans le § 3, alinéa 1, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

5° dans le § 3, alinéa 2, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré »;

6° dans le § 4, les mots « congé de paternité » sont remplacés par les mots « congé de maternité transféré ».

**Art. 67.** L'article 148 du même arrêté du Gouvernement est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 148* - Les dispositions de la présente sous-section servent à transposer partiellement la directive (UE) 2019/1158 du Parlement européen et du Conseil du 20 juin 2019 concernant l'équilibre entre vie professionnelle et vie privée des parents et des aidants et abrogeant la directive 2010/18/UE du Conseil. »

**Art. 68.** (Concerne le texte allemand)

**Art. 69.** A l'article 207.1 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand).

**Art. 70.** A l'article 207.2 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand);

4° (concerne le texte allemand);

5° (concerne le texte allemand);

6° (concerne le texte allemand).

**Art. 71.** A l'article 207.3 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand).

**Art. 72.** A l'article 207.4 du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand).

**Art. 73.** (Concerne le texte allemand)

**Art. 74.** (Concerne le texte allemand)

**Art. 75.** (Concerne le texte allemand)

**Art. 76.** (Concerne le texte allemand)

**Art. 77.** Sont abrogés :

1° l'arrêté de l'Exécutif du 22 juin 1993 fixant les tâches spécifiques pour lesquelles le "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" peut engager du personnel contractuel;

2° l'arrêté du Gouvernement du 28 août 2003 fixant la composition du Conseil de direction de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

3° l'arrêté du Gouvernement du 7 janvier 2016 déterminant la composition du Conseil de direction de l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées;

4° l'arrêté du Gouvernement du 13 avril 2017 fixant le cadre du personnel de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

5° l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2018 fixant le cadre du personnel de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

**Art. 78.** Le présent arrêté du Gouvernement entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2024, à l'exception :

1° des articles 10 et 11, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent arrêté;

2° de l'article 43, qui entre en vigueur le jour du prochain renouvellement intégral du Parlement de la Communauté germanophone.

**Art. 79.** Le Ministre compétent en matière de Personnel est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 7 septembre 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances  
O. PAASCH

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/205349]

**7 SEPTEMBER 2023. — Besluit van de Regering tot wijziging van verschillende bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 1, gewijzigd bij de bijzondere wetten van 8 augustus 1988, 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, gewijzigd bij de wet van 16 juni 1993;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 januari 1993 tot vaststelling van de spelbedragen voor de toekenning van een haardtoelage of van een standplaatstoelage aan het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragemeenschappelijke instellingen;

Gelet op het besluit van de Executieve van 22 juni 1993 tot vaststelling van de specifieke opdrachten waarvoor de "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" contractueel personeel mag aanwerven;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 30 november 2000 betreffende de regeling van de tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap en van sommige instellingen van openbaar nut in de vervoerkosten van de personeelsleden;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 december 2000 houdende toekenning van een kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk aan de personeelsleden van het Ministerie en van sommige instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2001 betreffende de loopbaanonderbreking in het Ministerie en in de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 5 juni 2003 betreffende het vakantiegeld toegekend aan de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 augustus 2003 tot vaststelling van de samenstelling van de directieraad van de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 januari 2016 tot bepaling van de samenstelling van de directieraad van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap;

Gelet op het besluit van de Regering van 13 april 2017 tot vaststelling van de personeelsformatie van de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 5 juli 2018 tot vastlegging van de personeelsformatie van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 betreffende een thuiswerkvergoeding in het kader van de coronacrisis;

Gelet op het met redenen omklede advies van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 15 juni 2023;

Gelet op protocol nr. S8/2023 van sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 28 juni 2023;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 7 juli 2023;

Gelet op de aanvraag om advies te verstrekken binnen een termijn van dertig dagen, ingediend bij de Raad van State op 20 juli 2023, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat het advies niet binnen de gestelde termijn werd verstrekt;

Gelet op artikel 84, § 4, tweede lid, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** Dit besluit van de Regering dient tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2019/1158 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven voor ouders en mantelzorgers en tot intrekking van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad.

**Art. 2.** In artikel 1 van het besluit van de Regering van 20 januari 1993 tot vaststelling van de spelbedragen voor de toekenning van een haardtoplegde of van een standplaatstoelegde aan het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragegemeenschappelijke instellingen, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 20 februari 2003 en 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 5° wordt opgeheven;

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

“6° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap.”

**Art. 3.** In artikel 11, § 1, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, vervangen bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de woorden “en de bestuursdirecteurs” vervangen door de woorden “, de bestuursdirecteurs en de directeurs”.

**Art. 4.** In artikel 11.3, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt de eerste zin vervangen als volgt:

“Om de betrekking van eenheidshoofd in te vullen, doet het departementshoofd binnen het departement een oproep tot de gegadigden waarin het vereiste profiel wordt bekendgemaakt. Als de oproep tot de gegadigden binnen het departement niets oplevert, kan de overheid een oproep tot de gegadigden binnen het Ministerie bekendmaken. Als ook die oproep niets oplevert, kan de overheid de oproep tot de gegadigden extern bekendmaken. Het departementshoofd vergelijkt de geschiktheid en de vaardigheden van de gegadigden die in aanmerking komen voor de leidinggevende taak.”

**Art. 5.** In artikel 12, eerste lid, 1° en 2°, van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden “Afgevaardigd Bestuurder van Selor” telkens vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

**Art. 6.** In artikel 14 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden “Afgevaardigd Bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”;

2° in het tweede lid, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden “afgevaardigd bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

**Art. 7.** In artikel 15 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden “afgevaardigd bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

2° in paragraaf 2, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 27 april 2000 en 19 oktober 2006, worden de woorden “Afgevaardigd Bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

3° in paragraaf 3, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden “Afgevaardigd Bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

**Art. 8.** In artikel 16, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden “Afgevaardigd Bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

**Art. 9.** In artikel 19 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden “Afgevaardigd Bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”;

2° in paragraaf 2, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden “Afgevaardigd Bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

**Art. 10.** Artikel 21, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

De duur van de stage bedraagt zes maanden.”

**Art. 11.** In artikel 36.4 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “de derde, de zesde en de negende” vervangen door het woord “de derde”;

2° in het vierde lid wordt het woord “vierde” vervangen door het woord “tweede”.

**Art. 12.** In artikel 39, § 2, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden “of plaatsvervangende secretaris-generaal” vervangen door de woorden “, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad dat ook hiërarchische meerdere is”,

**Art. 13.** In artikel 62, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden “afgevaardigd bestuurder van Selor” telkens vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

**Art. 14.** In artikel 63, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden “Afgevaardigd Bestuurder van Selor” vervangen door de woorden “leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren”.

**Art. 15.** Artikel 87.2, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Hij bepaalt of het bedrag ervan overeenstemt met de toelage voor departementshoofden of eenheidshoofden."

**Art. 16.** In artikel 89 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - De ambtenaar deelt zijn bijkomende beroepsactiviteiten in de publiekrechtelijke sector, vóór het begin ervan, langs hiërarchische weg mee aan de directieraad. De directieraad kan, na voorafgaand advies van de onmiddellijke hiërarchische meerdere, de betrokken ambtenaar binnen een termijn van twintig kalenderdagen verbieden om de activiteit uit te oefenen."

2° in § 3, eerste lid, wordt het woord "Regering" vervangen door het woord "directieraad";

3° § 3, tweede lid, wordt opgeheven;

4° in paragraaf 4 wordt de tweede zin vervangen als volgt:

"De directieraad wint vooraf het advies in van de onmiddellijke hiërarchische meerdere van de ambtenaar."

**Art. 17.** In artikel 109 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt de bepaling onder 2°, vervangen bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, opgeheven.

**Art. 18.** In hoofdstuk VIII, afdeling 3, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt een artikel 109.1 ingevoegd, luidende:

"*Art. 109.1* - De ambtenaar heeft recht op twintig werkdagen geboorteverlof naar aanleiding van de geboorte van een kind waarvan de afstamming langs zijn zijde vaststaat. Het geboorteverlof wordt bezoldigd en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Bij de geboorte van een kind heeft slechts één ambtenaar recht op geboorteverlof.

Er bestaat geen recht op geboorteverlof bij een miskraam vóór de 181e dag van de zwangerschap.

Na afloop van het geboorteverlof heeft de ambtenaar het recht terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, in een gelijkwaardige of vergelijkbare functie."

**Art. 19.** In artikel 117 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad";

2° in het derde lid worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad" en worden de woorden "het betrokken departementshoofd" vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere van de betrokken ambtenaar".

**Art. 20.** Hoofdstuk VIII, afdeling 3, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt aangevuld met een artikel 117.1, luidende:

"*Art. 117.1* - De ambtenaar heeft recht op verlof wegens overmacht om dringende en onvoorziene familiale omstandigheden, alsook op grond van zware materiële schade aan eigendom. Om gebruik te maken van het verlof, dient de ambtenaar een aanvraag in bij de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger.

De secretaris-generaal of diens plaatsvervanger onderzoekt of het gaat om een geval van overmacht en beslist of de aanvraag wordt ingewilligd.

Het verlof wegens overmacht bedraagt hoogstens tien werkdagen per jaar en kan opgesplitst worden in afzonderlijke volledige dagen. Het verlof wegens overmacht wordt bezoldigd en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld."

**Art. 21.** In hoofdstuk VIII, afdeling 5, van hetzelfde besluit van de Regering, wordt het opschrift van onderafdeling 5.1, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, vervangen als volgt:

"Onderafdeling 5.1 - Moederschapsverlof en overgedragen moederschapsverlof"

**Art. 22.** In artikel 132 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "vader" vervangen door het woord "mede-ouder" en wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

3° in § 2, tweede lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

4° in § 3, eerste lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

5° in § 3, tweede lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

6° in paragraaf 4 wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof".

**Art. 23.** Artikel 135 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt vervangen als volgt:

*"Art. 135 - Deze onderafdeling dient tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2019/1158 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven voor ouders en mantelzorgers en tot intrekking van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad."*

**Art. 24.** In artikel 137, derde lid, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "het departementshoofd" vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere".

**Art. 25.** In artikel 139, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "het departementshoofd" vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere".

**Art. 26.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

**Art. 27.** In artikel 191.1 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 28.** In artikel 191.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 29.** In artikel 191.3 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 30.** In artikel 191.4 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 31.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

**Art. 32.** Hoofdstuk XII van hetzelfde besluit van de Regering, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt aangevuld met een artikel 225.7, luidende:

*"Art. 225.7 - § 1 - De personeelsleden die op 31 december 2023 ambtenaar zijn bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap of bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, worden op 1 januari 2024 in dezelfde graad of in een gelijkwaardige graad overgenomen als ambtenaar van het Ministerie. Graden bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap of bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven die niet in dit besluit worden vermeld, worden met inbegrip van de desbetreffende bevorderingsgraden als volgt omgevormd en als gelijkwaardig beschouwd:*

1° arbeidsadviseur en psycho-medisch-sociale assistent: assistent;

2° pedagogische adjunct en psycholoog: adjunct.

Voor de berekening van de anciënniteit tellen de door de in het eerste lid vermelde ambtenaar verrichte diensten mee alsof ze bij het Ministerie zijn verricht.

§ 2 - In afwijking van artikel 36.14, § 3, worden personeelsleden van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven die op 31 december 2023 als afgevaardigd directeur benoemd zijn, op 1 januari 2024 overgenomen als ambtenaar van het Ministerie in de graad van directeur."

**Art. 33.** Bijlage I, Niveau I, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 oktober 2006 en 19 januari 2017, wordt aangevuld met de volgende regel:

"Directeur I.B"

**Art. 34.** Bijlage III van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 4 september 2012 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 15 september 2022, wordt aangevuld met de volgende regel:

"Directeur M3"

**Art. 35.** In artikel 1, 2°, van het besluit van de Regering van 30 november 2000 betreffende de regeling van de tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap en van sommige instellingen van openbaar nut in de vervoerkosten van de personeelsleden, vervangen bij het besluit van 15 september 2015 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 23 mei 2019 en 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder *a*) wordt opgeheven;

2° de bepaling onder *c*) wordt opgeheven;

3° in de bepaling onder *d*) wordt de punt vervangen door een kommapunt en voorts wordt de bepaling onder 2° aangevuld met een bepaling onder *e*), luidende:

"e) het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

**Art. 36.** (Geldt alleen voor het Duits).

**Art. 37.** In artikel 1, 2°, van het besluit van de Regering van 20 december 2000 houdende toekenning van een kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk aan de personeelsleden van het Ministerie en van sommige instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 4 mei 2011 en 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste streepje wordt opgeheven;

2° het derde streepje wordt opgeheven;

3° in het vierde streepje wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

4° de bepaling onder 2° wordt aangevuld met een vijfde streepje, luidende:

"- het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

**Art. 38.** In artikel 1 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 3° wordt opgeheven;

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

**Art. 39.** In artikel 15.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de woorden "89," opgeheven en worden de woorden "117, lid 2" vervangen door het woord "117.1".

**Art. 40.** In artikel 15.4 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de woorden "89," opgeheven.

**Art. 41.** Artikel 15.5 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt vervangen als volgt:

"Art. 15.5 - Het tweede en het derde lid van artikel 117 van het bovenvermeld besluit van 27 december 1996 worden vervangen door de volgende bepalingen:

"De ambtenaar moet bij de afgevaardigd directeur een schriftelijke aanvraag indienen en voor de bepalingen onder 2° en 3° moet hij dit minstens één maand van tevoren doen.

De beslissing wordt genomen door de afgevaardigd directeur, na overleg met de onmiddellijke hiërarchische meerdere van de betrokken ambtenaar.""

**Art. 42.** In artikel 15.15 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, wordt het daarin vervatte artikel 87.2, § 1, van het voormelde besluit van 27 december 1996 aangevuld met een zesde lid, luidende:

"De departementshoofden ontvangen de toelage voor managements- of stafopdrachten van rechtswege."

**Art. 43.** In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 15.18 ingevoegd, luidende:

"Art. 15.18 - Artikel 179, § 1, van hetzelfde besluit van de Regering wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° "lid van de Regering of het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap, voor zover geen wettelijke onverenigbaarheid bestaat."

**Art. 44.** In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 15.19 ingevoegd, luidende:

"Art. 15.19 - De artikelen 191.1 tot 191.6 van hetzelfde besluit van de Regering zijn niet van toepassing op de ambtenaren van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap die als kinderoppasser of kinderbegeleider huisarbeid verrichten.

De raad van bestuur van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap sluit een overeenkomst voor tewerkstelling van huisarbeiders met de ambtenaren die als kinderoppasser of kinderbegeleider huisarbeid verrichten.

Ambtenaren die als kinderoppasser of kinderbegeleider huisarbeid verrichten, krijgen voor de kinderopvang in de eigen ruimten een vergoeding die is samengesteld uit de volgende bedragen:

1° een maandelijks vergoeding ten belope van 203,79 euro per voltijdsequivalent voor de structurele kosten, onafhankelijk van het aantal op te vangen kinderen. Daartoe behoren elektriciteit, water, verwarming, schoonmaak, het gebruik van de private internet- en telefoonverbinding voor professionele doeleinden, het gebruik van private werkbenodigdheden zoals bestek en kookgerei voor professionele doeleinden, alsook een tegemoetkoming in de kosten van huishoudelijke apparatuur die kinderoppassers of kinderbegeleiders de mogelijkheid biedt meer tijd te besteden aan de opvang van het kinderen. Als een ambtenaar zijn wekelijkse arbeidstijd verkort, wordt het forfait verminderd ten belope van het percentage van de arbeidstijdverkortings;

2° een maandelijks vergoeding per voltijdsequivalent voor de verbruiksgoederen waarvoor de kosten per kind toenemen; eten, drinken, afvalverwijdering, huisapotheek. Als een ambtenaar zijn wekelijkse arbeidstijd verkort, wordt het forfait verminderd ten belope van het percentage van de arbeidstijdverkortings. Het maandelijks bedrag per opvangplaats bedraagt 58,67 euro."

**Art. 45.** Artikel 16 van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 29 oktober 2015, wordt vervangen als volgt:

*"Art. 16 - Voor de toepassing van dit besluit moet bijlage I van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden:*

*"Graad Rang*

*Afgevaardigd directeur I.B*

*Pedagogisch adviseur I.D*

*Adjunct-adviseur (pedagoog) I.E*

*Pedagogische adjunct I.F*

*Eerste leersecretaris II+.A*

*Eerste boekhouder II+.A*

*Eerstaanwezend leersecretaris II+.B*

*Eerstaanwezend boekhouder II+.B*

*Leersecretaris II+.C*

*Boekhouder II+.C*

*Eerste kinderbegeleider II.A*

*Eerstaanwezend kinderbegeleider II.B*

*Kinderbegeleider II.C*

*Eerste kinderoppasser III.A*

*Eerstaanwezend kinderoppasser III.B*

*Kinderoppasser III.C"*

**Art. 46.** Artikel 17 van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 29 oktober 2015 en 15 september 2022, wordt vervangen als volgt:

*"Art. 17 - Voor de toepassing van dit besluit moet bijlage III van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden:*

*"Graad Weddeschaal*

*Afgevaardigd directeur M3*

*Pedagogisch adviseur I/8*

*Adjunct-adviseur (pedagoog) I/4*

*Pedagogische adjunct I/1*

*Eerste leersecretaris II+/3*

*Eerstaanwezend leersecretaris II+/2*

*Leersecretaris II+/1*

*Eerste kinderbegeleider II/4*

*Eerstaanwezend kinderbegeleider II/3*

*Kinderbegeleider II/1*

*Eerste kinderoppasser III/6*

*Eerstaanwezend kinderoppasser III/4*

*Kinderoppasser III/2"*

**Art. 47.** In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 18.1 ingevoegd, luidende:

*"Art. 18.1 - Voor de toepassing van dit besluit moet bijlage VII van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden:*

*"Hoofdstuk III - Diploma's die toegang verlenen tot een specifieke rang*

In afwijking van bijlage VII, hoofdstuk I, niveau II, verlenen alleen volgende diploma's en getuigschriften toegang tot de graad van kinderbegeleider in niveau II:

1° het getuigschrift van het hoger technisch secundair onderwijs in de studierichting Opvoeding;

2° het getuigschrift van het hoger secundair beroepsonderwijs in de studierichting Begeleiding van kinderen in groep;

3° het getuigschrift van het hoger secundair onderwijs in de studierichting Kinderverzorging;

4° het brevet van kinderverzorger;

5° het studiegetuigschrift van het zesde jaar van het beroepsonderwijs in de studierichting Kinderverzorging, aangevuld met het bekwaamheidsgetuigschrift van het zesde of het zevende jaar van het secundair beroepsonderwijs in de studierichting Kinderverzorging;

6° het studiegetuigschrift van het zesde jaar van het secundair beroepsonderwijs in de studierichting Gezins hulp, aangevuld met het bekwaamheidsgetuigschrift van het zesde jaar van het secundair beroepsonderwijs in de studierichting Gezins hulp;

7° het getuigschrift van kinderbegeleider of van gezins- en ouderenhulp en zorgkundige dat wordt uitgereikt door de dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap in samenwerking met de vzw Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB (Duitstalige vereniging voor verplegend personeel in België) of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend;



8° het door de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap uitgereikte attest van deelname aan een opleiding tot hulpkracht in het kleuteronderwijs of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend, telkens aangevuld met een bewijs van een voortgezette opleiding 'kinderopvang' van ten minste 120 uren die door de Regering wordt erkend;

9° elk diploma uit de studierichtingen maatschappelijk werk, sanitaire en verpleegkundige wetenschappen, pedagogiek, psychologie, opvoedingswetenschappen en onderwijswetenschappen dat toegang verleent tot de niveaus II+ en I."

**Art. 48.** In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 18.2 ingevoegd, luidende:

*"Art. 18.2 - Elke kinderoppasser van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap die, binnen tien jaar na indiensttreding, het bewijs van een van de in artikel 18.1 vermelde diploma's en getuigschriften als kinderbegeleider levert, krijgt, op de eerste dag van de maand na indiening van het bewijs, een arbeidsovereenkomst als kinderbegeleider in niveau II aangeboden."*

**Art. 49.** In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 24.1 ingevoegd, luidende:

*"Art. 24.1 - In afwijking van de maxima vermeld in artikel 73, § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren worden alle werkelijke diensten die aantoonbaar in het kader van een arbeidsovereenkomst bij de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung of als toegelaten aangesloten onthaalouders zijn gepresteerd, voor de berekening van de financiële anciënniteit als in aanmerking komende diensten beschouwd voor alle personeelsleden van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die op 31 december 2023 bij die vzw in dienst zijn, alsook voor alle aangesloten onthaalouders die op 31 december 2023 op basis van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang toegelaten zijn en van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap een arbeidsovereenkomst aangeboden krijgen."*

**Art. 50.** In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 24.2 ingevoegd, luidende:

*"Art. 24.2 - De werknemer van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die op 31 december 2023 een hogere wedde heeft dan hem met toepassing van dit besluit als personeelslid van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap toekomt, wordt als personeelslid van dat centrum verder betaald op basis van de hem op 31 december 2023 toegewezen geldige weddeschaal van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid", totdat een betaling overeenkomstig dit besluit gunstiger is."*

**Art. 51.** In artikel 1 van het besluit van de Regering van 28 september 2001 betreffende de loopbaanonderbreking in het Ministerie en in de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 4° wordt opgeheven;

3° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

4° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

*"6° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."*

**Art. 52.** In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 6.1 ingevoegd, luidende:

*"Art. 6.1 - Na afloop van de loopbaanonderbrekingen opgesomd in hoofdstuk III van het koninklijk besluit van 7 mei 1999 heeft de ambtenaar het recht terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, in een gelijkwaardige of vergelijkbare functie."*

**Art. 53.** In artikel 1 van het besluit van de Regering van 5 juni 2003 betreffende het vakantiegeld toegekend aan de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 4° wordt opgeheven;

3° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

4° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

*"6° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."*

**Art. 54.** Artikel 3, § 1, eerste lid, 4°, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 13 maart 2008 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 10 december 2009, wordt aangevuld met een bepaling onder c), luidende:

"c) 85

vanaf 2024".

**Art. 55.** In artikel 1 van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 4° wordt opgeheven;

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

*"5° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."*

**Art. 56.** In artikel 12.7 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° tussen het woord "1996" en het woord "zijn" worden de woorden "en artikel 15.19 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan" ingevoegd.

**Art. 57.** In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 16.2 ingevoegd, luidende:

*"Art. 16.2 - Overgangsbepaling - Nadere regels voor de overname van personeel*

Aan alle contractuele personeelsleden van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt op 1 januari 2024 een gelijkwaardige arbeidsovereenkomst bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap aangeboden, waarbij de diensten die bij een van beide voormelde instellingen zijn verricht, voor de berekening van de anciënniteit meetellen alsof ze als contractueel personeelslid bij het Ministerie waren verricht.

Aan de personeelsleden die tot nu toe in het kader van het besluit van de Regering van 28 december 1994 houdende reglement van het contractueel personeel van de beroepsopleiding van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling in dienst waren bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, wordt een arbeidsovereenkomst aangeboden overeenkomstig de bepalingen van dit besluit, waarbij de diensten die bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap zijn verricht, voor de berekening van de anciënniteit meetellen alsof ze als contractueel personeelslid bij het Ministerie waren verricht."

**Art. 58.** In artikel 2, eerste lid, van het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde parageenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 4° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 6° wordt vervangen als volgt:

"6° de personeelsleden van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap;"

**Art. 59.** In artikel 3, § 2, derde lid, van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 4° wordt vervangen als volgt:

"4° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap betaalt het bedrag voor de personen bedoeld in artikel 2, eerste lid, 6°, alsook voor de personen bedoeld in de bepalingen onder 7° en 8°, indien ze voordien tot de categorie vermeld in de bepaling onder 6° behoorden."

**Art. 60.** In artikel 13 van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 61.** In artikel 12.1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, wordt de eerste zin vervangen als volgt:

"Om de betrekking van eenheidshoofd in te vullen, doet het departementshoofd binnen het departement een oproep tot de gegadigden waarin het vereiste profiel wordt bekendgemaakt. Als de oproep tot de gegadigden binnen het departement niets oplevert, kan de overheid een oproep tot de gegadigden binnen het BRF bekendmaken. Als ook die oproep niets oplevert, kan de overheid de oproep tot de gegadigden extern bekendmaken. Het departementshoofd vergelijkt de geschiktheid en de vaardigheden van de gegadigden die in aanmerking komen voor de leidinggevende taak."

**Art. 62.** In artikel 121 van hetzelfde besluit van de Regering wordt de bepaling onder 2°, vervangen bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, opgeheven.

**Art. 63.** In hoofdstuk 9, afdeling 3, van hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 121.1 ingevoegd, luidende:

*"Art. 121.1 - De ambtenaar heeft recht op twintig werkdagen geboorteverlof naar aanleiding van de geboorte van een kind waarvan de afstamming langs zijn zijde vaststaat. Het geboorteverlof wordt bezoldigd en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.*

Bij de geboorte van een kind heeft slechts één ambtenaar recht op geboorteverlof.

Er bestaat geen recht op geboorteverlof bij een miskraam vóór de 181e dag van de zwangerschap.

Na afloop van het geboorteverlof heeft de ambtenaar het recht terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, in een gelijkwaardige of vergelijkbare functie."

**Art. 64.** In dezelfde afdeling van hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 128.1 ingevoegd, luidende:

*"Art. 128.1 - De ambtenaar heeft recht op verlof wegens overmacht om dringende en onvoorziene familiale omstandigheden, alsook op grond van zware materiële schade aan eigendom. Om gebruik te maken van het verlof, dient de ambtenaar een aanvraag in bij de directeur.*

De directeur onderzoekt of het gaat om een geval van overmacht en beslist of de aanvraag wordt ingewilligd.

Het verlof wegens overmacht bedraagt hoogstens tien werkdagen per jaar en kan opgesplitst worden in afzonderlijke volledige dagen. Het verlof wegens overmacht wordt bezoldigd en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld."

**Art. 65.** In hoofdstuk 9, afdeling 5, van hetzelfde besluit van de Regering wordt het opschrift van onderafdeling 5.1 vervangen als volgt:

“Onderafdeling 5.1 - Moederschapsverlof en overgedragen moederschapsverlof”

**Art. 66.** In artikel 144 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord “vader” vervangen door het woord “mede-ouder” en wordt het woord “vaderschapsverlof” vervangen door de woorden “overgedragen moederschapsverlof”;

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord “vaderschapsverlof” vervangen door de woorden “overgedragen moederschapsverlof”;

3° in § 2, tweede lid, wordt het woord “vaderschapsverlof” vervangen door de woorden “overgedragen moederschapsverlof”;

4° in § 3, eerste lid, wordt het woord “vaderschapsverlof” vervangen door de woorden “overgedragen moederschapsverlof”;

5° in § 3, tweede lid, wordt het woord “vaderschapsverlof” vervangen door de woorden “overgedragen moederschapsverlof” en wordt het woord “wort” vervangen door het woord “wordt”;

6° in paragraaf 4 wordt het woord “vaderschapsverlof” vervangen door de woorden “overgedragen moederschapsverlof”.

**Art. 67.** Artikel 148 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

“Art. 148 - Deze onderafdeling dient tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2019/1158 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven voor ouders en mantelzorgers en tot intrekking van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad.”

**Art. 68.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

**Art. 69.** In artikel 207.1 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 70.** In artikel 207.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 71.** In artikel 207.3 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 72.** In artikel 207.4 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 73.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

**Art. 74.** (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

**Art. 75.** In het opschrift van het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 betreffende een thuiswerkvergoeding in het kader van de coronacrisis wordt het woord “thuiswerkvergoeding” vervangen door het woord “telewerkvergoeding”.

**Art. 76.** In artikel 1 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden “van thuis uit werken” vervangen door de woorden “telewerken”;

2° in het vierde lid wordt het woord “thuiswerk” vervangen door het woord “telewerk”.

**Art. 77.** Opgeheven worden:

1° het besluit van de Executieve van 22 juni 1993 tot vaststelling van de specifieke opdrachten waarvoor de “Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge” contractueel personeel mag aanwerven;

2° het besluit van de Regering van 28 augustus 2003 tot vaststelling van de samenstelling van de directieraad van de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

3° het besluit van de Regering van 7 januari 2016 tot bepaling van de samenstelling van de directieraad van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap;

4° het besluit van de Regering van 13 april 2017 tot vaststelling van de personeelsformatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

5° het besluit van de Regering van 5 juli 2018 tot vastlegging van de personeelsformatie van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

**Art. 78.** Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024, met uitzondering van:  
 1° de artikelen 10 en 11, die in werking treden op de dag waarop dit besluit wordt aangenomen;  
 2° artikel 43, dat in werking treedt op de dag van de volgende algehele vernieuwing van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

**Art. 79.** De minister bevoegd voor Personeel is belast met de uitvoering van dit besluit.  
 Eupen, 7 september 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,  
 Minister van Lokale Besturen en Financiën  
 O. PAASCH

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C – 2023/46800]

**21 SEPTEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant le Code réglementaire wallon de l'Action sociale et de la Santé en vue de corriger certaines dispositions insérées par l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 juillet 2022 en ce qui concerne la promotion de la santé, en ce compris la prévention**

Le Gouvernement wallon,

Vu le Code wallon de l'Action sociale et de la Santé, l'article 47/13, inséré par le décret du 2 mai 2019 et modifié par le décret du 3 mai 2022, l'article 410/20, modifié par le décret du 3 mai 2022, et l'article 410/28, alinéa 2, inséré par le décret du 2 mai 2019 ;

Vu le Code réglementaire wallon de l'Action sociale et de la Santé ;

Vu le Règlement général pour la protection du travail ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 28 avril 2023 ;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 4 mai 2023 ;

Vu les décisions du 25 mai 2023 de l'Organe de concertation intra-francophone et du Comité ministériel de ne pas rendre d'avis ;

Vu l'avis du Conseil économique, social et environnemental de Wallonie, donné le 19 juin 2023 ;

Vu l'avis du Conseil wallon de la Santé, donné le 16 juin 2023 ;

Vu la demande d'avis dans un délai de 30 jours, adressée au Conseil d'État le 24 juillet 2023, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Considérant l'absence de communication de l'avis dans ce délai ;

Vu l'article 84, § 4, alinéa 2, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Considérant que certaines dispositions du Code réglementaire wallon de l'Action sociale et de la Santé, telles qu'insérées ou modifiées par l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 juillet 2022, doivent faire l'objet de corrections techniques ;

Considérant que ces corrections techniques sont indispensables à la bonne compréhension du texte et doivent par conséquent rétroagir la date d'entrée en vigueur des agréments accordés sur la base des modifications introduites par l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 juillet 2022 ;

Considérant par ailleurs que l'article 47/13, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code wallon de l'Action sociale et de la Santé impose au Gouvernement de revoir au moins une fois par an la liste des maladies infectieuses à déclaration obligatoire ;

Sur la proposition de la Ministre de la Santé ;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le présent arrêté règle en application de l'article 138 de la Constitution une matière visée à l'article 128 de celle-ci.

**Art. 2.** A l'article 12/62, § 2, alinéa 3, du Code réglementaire wallon de l'Action sociale et de la Santé, inséré par l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 juillet 2022, les mots « énumérées à l'article 410/9, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, » sont remplacés par les mots « de pilotage visées à l'article 410/17, alinéa 1<sup>er</sup>, ».

**Art. 3.** A l'article 12/79, § 2, alinéa 3, du même Code, inséré par l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 juillet 2022, les mots « énumérées à l'article 410/9, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, » sont remplacés par les mots « définies en exécution de l'article 410/25, alinéa 2, ».

**Art. 4.** L'annexe 145 du même Code, insérée par l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 juillet 2022, est remplacée par l'annexe jointe au présent arrêté.

**Art. 5.** A l'annexe 146 du même Code, insérée par l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 juillet 2022, le tableau 1 est remplacé par ce qui suit :

«

Ancienneté	Directeur/ coordinateur	Médecin	Responsable de pro- jet Master	Personnel administratif/ Responsable de pro- jet Bachelier
0-7 ans	73.000,00 €	106.000,00 €	73.000,00 €	61.000,00 €
8-13 ans	81.000,00 €	117.000,00 €	81.000,00 €	67.000,00 €